

## Deutsche Entwicklungspolitik – Ein endloses Unterfangen?

von Andrey Romanov



Am 18. Juni durften wir im Allerweltshaus Prof. Dr. Uwe Andersen aus der Ruhr-Universität in Bochum begrüßen. Der interessante einstündige Vortrag und die darauf entstandene hitzige Diskussion machten die Veranstaltung zu einem gelungenen Abend. Prof. Andersen ist seit 1979 Professor für Politikwissenschaft an

der Ruhr-Universität Bochum und forscht vor allem im Bereich der politischen Ökonomie und der internationalen Entwicklungspolitik. Die Veranstaltung wurde von Steffi Bös moderiert.

Prof. Andersen begann seinen Vortrag mit einer Einführung in die Entwicklungspolitik und klärte uns zunächst über unterschiedliche Termini auf. In der Wissenschaft gibt es heftige ideologische Auseinandersetzungen in Bezug auf die Begrifflichkeit der Entwicklungshilfe. Während einige der Meinung sind, dass der Begriff der Entwicklungshilfe einen viel zu „leidenden“ Begriff verkörpere und man von Entwicklungszusammenarbeit sprechen müsse, vertrat Prof. Andersen die Ansicht, dass der Begriff nicht negativ behaftet und vor allem in der Bevölkerung fest verankert sei. Er grenzt die Entwicklungshilfe, die sich überwiegend auf finanzielle Leistungen bezieht von dem Begriff der Entwicklungspolitik ab, der schlichtweg weiter gefasst sei und nicht nur finanziellen Transfer berücksichtige. Man unterscheidet zwischen drei Arten von Entwicklungsländern. Dabei bilden die *least developed countries*, die Länder, dessen Bevölkerung mit weniger als einen US Dollar pro Tag lebt. Diese Länder spielen bei der UNO die wichtigste Rolle im entwicklungspolitischen Bereich. Entsprechend ihrer Notwendigkeit bekommen sie die besten Konditionen in Bezug auf Entwicklungshilfe.

Prof. Andersen ging daraufhin der Frage nach, weshalb Entwicklungshilfe und Politik von Nöten ist. Er nannte dafür vier gängige Argumente. Zum einen, aus dem historischen Blickwinkel heraus: demnach tragen die Industriestaaten durch Kolonialisierung eine Mitschuld an der Misere. Des Weiteren gäbe es ein außenpolitisches Motiv, zumindest wenn man in der Geschichte zurückblickt. Während des Kalten Krieges versuchten die Staaten durch Entwicklungshilfe für Länder der blockfreien Staaten, sie auf ihre Seite zu ziehen.



Nach Prof. Andersen ist das ein fragwürdiges Argument, da nach rein außenpolitischen Gesichtspunkten entschieden wurde und nicht nach Bedürftigkeit. Als drittes Argument nannte er das sicherheitspolitische: man versuche mit Entwicklungshilfe fragile Staaten zu stabilisieren, sodass möglichst

die Gefahr für anderen Staaten in den Konflikt involviert zu werden, gering bleibt. Das schlüssigste und mit Abstand tragfähigste Argument in Bezug auf Entwicklungspolitik ist Prof. Andersen zufolge das humanitäre: das Bedürfnis der Industrieländer schwächeren Staaten „unter die Arme zu greifen“, um der Bevölkerung ein Mindestmaß an menschenwürdigem Dasein zu ermöglichen. Dieses Argument wird auch von der Bevölkerung am meisten akzeptiert. Prof. Andersen ist der Frage nachgegangen, wie hoch die Bereitschaft in der Bevölkerung ist, Entwicklungsländern durch finanzielle Mittel zu unterstützen. Als Ergebnis kann man zusammenfassen; desto geringer der persönliche Bezug zu dem Geldempfänger ist, desto weniger Bereitschaft ist vorhanden. So stimmt die Bevölkerung einem Finanzausgleich innerhalb Deutschlands oder auch der EU eher zu, als finanzielle Unterstützung an Entwicklungsländer. Am ehesten kann die Bevölkerung davon überzeugt werden, wenn man sie mit konkretem Leid, beispielsweise der Tod durch das Sterben vor Hunger, konfrontiert.

In einem weiteren Punkt kam Prof. Andersen auf die Grundsatzkritik an der Entwicklungshilfe zu sprechen. Die Frage ist demnach, inwiefern die Entwicklungshilfe wirklich sinnvoll ist und ob sie tatsächlich in den Bereichen verwendet wird, in welchen sie am nötigsten ist. Eine Ansicht vertritt die These, dass Entwicklungspolitik die Oberschicht der Entwicklungsländer noch reicher mache und nicht zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Masse führe. Man sollte auch der Frage nachgehen, inwieweit Entwicklungsländer durch die Hilfe von den Industriestaaten abhängig werden. Ein anderer Kritikpunkt setzt eher an den Geberstaaten an. Kritiker behaupten, dass die Industrienationen die Entwicklungsländer benötigen, da sie auf neue Märkte angewiesen seien. Bei der Entwicklungshilfe handle es sich eher um eine Form von Neokolonialismus. Gemäß Andersen ist die Kritik an der Entwicklungspolitik in beiden Fälle überzogen. Ihm zufolge solle Entwicklungshilfe vor allem Hilfe zur Selbsthilfe darstellen; Eigenverantwortung müsse gestärkt werden. Ganz nach dem „owner-ship-Prinzip“ sollten Entwicklungsländer die Hüter des eignen Schicksals sein; eine Veränderung alleine von außen hingegen sei praktisch schon zum Scheitern verurteilt.



Im weiteren Verlauf des Vortrags ging Prof. Andersen auf die Ziele der Entwicklungshilfe ein. Dabei bieten die Millenniums-Ziele, die im Jahre 2000 formuliert wurden, einen umfassenden Überblick. Vor allem acht Ziele stehen im Vordergrund. Ein

Fortschritt bei der Formulierung dieser Ziele ist hauptsächlich, dass nicht nur Ziele gesteckt wurden, sondern auch 60 Indikatoren benannt wurden, anhand welcher man die Ziele konkret überprüfen könne. Als oberstes Ziel wurde die Halbierung der extremen Armut (weniger als 1 US Dollar pro Tag) bis zum Jahre 2015 genannt. Im Fünfjahrestakt werden die Millenniumsziele überprüft und nach aktuellen Statistiken könne dieses erste Ziel bis 2015

erreicht werden. Man solle sich aber von diesem Erfolg nicht täuschen lassen, da es sich vorwiegend um regionale Erfolge handle, das heißt in China und Indien beispielsweise ließe sich ein Rückgang der extremen Armut verzeichnen, während sich die Situation in Afrika nicht erheblich verbessert habe.

Professor Andersen kam im Anschluss auf die Ziele der Entwicklungspolitik, auf die deutsche Entwicklungspolitik im Speziellen zu sprechen. Entwicklungspolitik ist ein Querschnittsthema und betrifft so verschiedene Bereiche und ist auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen von Bedeutung. So existiert auch kommunales Engagement beispielsweise in Bezug auf Städtepartnerschaften oder auch Kooperationen zwischen Universitäten. Der Schwerpunkt liegt jedoch beim Bund und zunehmend auf der europäischen Ebene. Das wichtigste Ministerium ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Deutschland gehört damit zu einem der wenigen Staaten, die überhaupt ein Ministerium dieser Art geschaffen haben. Wobei auch hierzulande in jüngster Zeit über eine Angliederung des BMZ an das Auswärtige Amt diskutiert wurde. Prof. Andersen betonte jedoch die Bedeutung dieses Amtes für die Entwicklungspolitik, da sie dadurch mehr Gehör finde. Deutschland weist unterschiedliche Durchführungsorgane auf, die in unterschiedlichsten Themen (technisch, fachlich, personell, politisch, finanziell) im Bereich der Entwicklungspolitik tätig sind (beispielsweise: GTZ, DED, KfW-Bank, Inwent, politische Stiftungen usw.)

Prof. Andersen zeigte uns zwei Statistiken, die Aussage über die Ausgaben im Rahmen der Entwicklungspolitik machen. Interessant ist dabei vor allem die Statistik, welche Zahlen in Bezug auf den prozentualen Anteil des BIP angibt. Die Ausgaben für Entwicklungshilfe sollten sich bei den Industrienationen auf einen Anteil von 0,7% des BIP belaufen. Deutschland liegt mit 0,4% ungefähr im Mittelfeld. Alleine die skandinavischen Ländern, Luxemburg und die Niederlande können mehr Ausgaben als 0,7% in die Entwicklungshilfe aufweisen. Die USA liegt mit 0,2% relativ weit hinten. In Bezug auf die finanziellen Mittel, sei außerdem zu beachten, inwiefern sie für Bereiche des Klimaschutzes in Entwicklungsländern ausgegeben werden. Würde man die Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes mit einbeziehen, müsse man 1% des jährlichen BIP für Entwicklungsländer einplanen. Das Problem sei nämlich, dass vor allem Naturressourcen in Entwicklungsländer bedroht seien (Waldflächen). Entwicklungsländer argumentieren, dass die Industrienationen ihre natürlichen Ressourcen

auch für sich genutzt hätten und sie auf dieselbe Art von ihren Naturschätzen profitieren wollen. Um das zu verhindern, bleibt Industrienationen die Möglichkeit eines finanziellen Ausgleichs, damit die Entwicklungsländer von dem Eingriff in die Natur abgehalten werden. Die BRD hat 53 Entwicklungsländer als sogenannte Partnerländer. 26 davon sind afrikanische Staaten. Bei der Auswahl der Partnerländer gibt es keine besondere Logik, auffällig ist lediglich, dass alle großen Länder sich Partnerländern nennen können. Das dürfte auf politisches Kalkül zurückzuführen sein. Nicht zu vergessen in Bezug auf afrikanische Entwicklungsländer ist die Tatsache, dass auch innerhalb Afrikas eine unglaubliche Vielfalt vorhanden ist. Auch die Assoziierung mit dem „schwarzen Kontinent“ als verlorenem Kontinent spiegelt ein zu negativ gefärbtes Bild wieder. Prof. Andersen sprach voller Begeisterung und aus eigener Erfahrung von der Lebensfreude der Menschen auf diesem Kontinent und dass auch kleine Erfolge zählen. Als sehr positiv bewertete Prof. Andersen die Austragung der WM in Südafrika. Damit rücke Afrika in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschen und werde nicht nur als verlorener Kontinent wahrgenommen. Auch merkte Prof. Andersen die positiven Entwicklungen in Bezug auf regionale Integration an: die Gründung eigener Wirtschaftsgemeinschaften oder auch der Afrikanischen Union, die sich an der EU orientiert.



Im Anschluss an den sehr informativen Vortrag entwickelte sich eine rege Diskussion. Dabei kritisierte das Publikum zum Großteil das Vorgehen der Industrienationen und verurteilte vor allem die ihnen zufolge „neokolonialen Maßnahmen“. Beispielsweise haben Agrarsubventionen fatale

Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Entwicklungsländern und machen sie nicht marktfähig. Andersen zufolge sei das in der Tat ein Problem, das angegangen werden müsse. Dabei spiele Deutschland innerhalb der EU nur eine geringe Rolle, da sich die Einnahmen aus

dem Agrarsektor auf 3% des BIP beliefen. Stärker agrarisch geprägt sei hingegen Frankreich, die größeren Widerstand in Bezug auf den Subventionsabbau leisten. Ein weiteres großes Thema der Diskussion, auf welches das Publikum mehrmals zurück gekommen ist, war die fragwürdige Kreditvergabe des IWF. Das Publikum betonte, dass die meisten Länder, durch die hohen Forderungen des IWF bei der Kreditvergabe, Sozialleistungen auf Kosten der Armen kürzen. Andersen widersprach diesem Vorwurf bestimmt, der IWF schreibe lediglich vor, dass ein Staat, der Geld leiht, sich verpflichtet mehr Einnahmen als Ausgaben am Jahresende vorweisen zu können. Wie genau er das bewerkstellige, darüber mache der IWF keine konkreten Aussagen.

Abschließend bedankt sich Prof. Andersen für das Kommen der zahlreichen Zuhörer trotz WM und dankt für die konstruktive Diskussion. Den Dank geben wir Prof. Andersen für den sehr gelungenen Abend gerne zurück.

*Fotos: Alexandra Duncan*